

Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

65. Jahrgang

Ausgegeben in Hannover am 31. Mai 2011

Nummer 10

INHALT

Tag		Seite
29. 4. 2011	Verordnung zur Änderung der Niedersächsischen Erholungsurlaubsverordnung 20411 01 64	122
25. 5. 2011	Verordnung zur Änderung der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht 20300	123
25. 5. 2011	Verordnung zur Änderung der Subdelegationsverordnung-Justiz 30000	124
17. 5. 2011	Verordnung zur Änderung der Feuerwehrverordnung 21090	125
23. 5. 2011	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes 20411	126
17. 5. 2011	Bekanntmachung über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze 10100	127
18. 5. 2011	Bekanntmachung über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrages 28400	128

V e r o r d n u n g
zur Änderung der Niedersächsischen
Erholungsurlaubsverordnung

Vom 29. April 2011

Aufgrund des § 68 Abs. 1 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 242), wird verordnet:

Artikel 1

§ 8 der Niedersächsischen Erholungsurlaubsverordnung in der Fassung vom 7. September 2004 (Nds. GVBl. S. 317) wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 1 wird der bisherige Satz 3 durch die folgenden neuen Sätze 3 und 4 ersetzt:

„³Hat eine Beamtin oder ein Beamter aufgrund einer durch Krankheit bedingten Dienstunfähigkeit den Resturlaub nicht rechtzeitig angetreten, so kann dieser im Jahr der Wiederaufnahme des Dienstes oder im nächsten Urlaubsjahr abgewickelt werden. ⁴Hat eine Beamtin vor Beginn eines mutterschutzrechtlichen Beschäftigungsverbots ihren Urlaub nicht oder nicht vollständig erhalten, so ist nach Ende des Beschäftigungsverbots Satz 3 entsprechend anzuwenden.“

2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- b) Es wird der folgende Satz 2 angefügt:

„²Absatz 1 Sätze 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

Hannover, den 29. April 2011

Die Niedersächsische Landesregierung

McAllister Schünemann

V e r o r d n u n g
zur Änderung der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung
für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung
von Bundesrecht

Vom 25. Mai 2011

Aufgrund des Artikels I § 5 Satz 1 des Fünften Gesetzes zur Verwaltungs- und Gebietsreform vom 21. Juni 1972 (Nds. GVBl. S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 59), wird verordnet:

Artikel 1

In § 4 der Allgemeinen Zuständigkeitsverordnung für die Gemeinden und Landkreise zur Ausführung von Bundesrecht vom 14. Dezember 2004 (Nds. GVBl. S. 589), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juli 2010 (Nds. GVBl. S. 297), wird die folgende neue Nummer 8 eingefügt:

„8. die Änderung der Angaben über die Anschrift in einem Dokument nach § 78 des Aufenthaltsgesetzes in der Fassung vom 25. Februar 2008 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. April 2011 (BGBl. I S. 610), und der Daten über die Anschrift in dem im Dokument enthaltenen Speicher- und Verarbeitungsmedium, wobei die Zuständigkeit nach § 2 Nr. 1 unberührt bleibt;“.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. September 2011 in Kraft.

Hannover, den 25. Mai 2011

Die Niedersächsische Landesregierung

M c A l l i s t e r S c h ü n e m a n n

**Verordnung
zur Änderung der Subdelegationsverordnung-Justiz**

Vom 25. Mai 2011

Aufgrund

des § 6 Abs. 4 Satz 2 der Bundesnotarordnung in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 303-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2255),

des § 12 Abs. 3 Satz 2, auch in Verbindung mit § 47 Abs. 2 Satz 2, des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes vom 26. Januar 2005 (BGBl. I S. 162), zuletzt geändert durch Artikel 26 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864), und

des § 58 Abs. 1 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2300), in Verbindung mit § 87 g Abs. 2 Satz 7 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen in der Fassung vom 27. Juni 1994 (BGBl. I S. 1537), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Oktober 2010 (BGBl. I S. 1408),

wird verordnet:

Artikel 1

§ 1 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen auf den Gebieten der Rechtspflege und der Justizverwaltung

vom 6. Juli 2007 (Nds. GVBl. S. 244), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. November 2010 (Nds. GVBl. S. 514), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. § 22 c Abs. 1 Sätze 1 und 3, § 23 d Satz 1, § 58 Abs. 1 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes, auch in Verbindung mit § 87 g Abs. 2 Satz 7 des Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, § 71 Abs. 4 Satz 1, § 72 Abs. 2 Satz 3, § 74 c Abs. 3 Satz 1, § 78 Abs. 1 Satz 1, § 78 a Abs. 2 Sätze 1 und 2, § 93 Abs. 1, § 121 Abs. 3 Satz 1, § 152 Abs. 2 Satz 1 und § 157 Abs. 2 Satz 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes,“.

2. In Nummer 11 wird die Angabe „§ 6 Abs. 3 Satz 4“ durch die Angabe „§ 6 Abs. 4 Satz 1“ ersetzt.

3. Nummer 28 erhält folgende Fassung:

„28. § 12 Abs. 3 Satz 1, auch in Verbindung mit § 47 Abs. 2 Satz 2, des Internationalen Familienrechtsverfahrensgesetzes,“.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 25. Mai 2011

Die Niedersächsische Landesregierung

McAllister

Busemann

**Verordnung
zur Änderung der Feuerwehrverordnung**

Vom 17. Mai 2011

Aufgrund des § 37 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes vom 8. März 1978 (Nds. GVBl. S. 233), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 631), und des § 115 Abs. 5 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 242), wird verordnet:

Artikel 1

Die Feuerwehrverordnung vom 30. April 2010 (Nds. GVBl. S. 185, 284) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Gemeinden ohne Schwerpunktfeuerwehr können zur Unterstützung der Einsatzleitung außerdem ein Einsatzleitfahrzeug (Typ 1) vorhalten.“
2. § 6 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Befreiungen erteilt für die kreisfreien Städte die örtlich zuständige Polizeidirektion, im Übrigen der Landkreis.“
3. § 13 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden nach den Worten „kreisfreie Städte“ das Komma und die Worte „große selbständige Städte“ gestrichen.
 - b) In Satz 2 werden nach den Worten „kreisfreien Städte“ das Komma und die Worte „großen selbständigen Städte“ gestrichen.
4. In der Anlage 4 Nr. 1 wird in der Spalte „Beschreibung“ nach der Beschreibung des Feuerwehremblems der folgende Absatz eingefügt:

„In der Dienstgradgruppe ‚Brandschutzleiterinnen oder Brandschutzleiter‘ nach Anlage 2 Nr. 4 wird in Verbindung mit der goldfarbigen Mützenkordel das Landeswappen auf einem Abzeichen aus goldfarbigem Metall mit dem Niedersachsenross in metallgoldfarbiger Darstellung auf rotem Untergrund sowie ein goldfarbiges Feuerwehremblem getragen.“
5. In der Anlage 5 Nr. 6 wird in der Spalte „Beschreibung“ die Zahl „379“ durch die Zahl „397“ ersetzt.
6. In der Anlage 7 Abschnitt C Nr. 1 wird in der Spalte „Beschreibung“ der folgende Satz angefügt:

„Für die gestickte Ausführung ist eine Abmessung von 70 mm (Höhe) x 55 mm (Breite) zulässig.“

7. In der Anlage 8 erhält Abschnitt A folgende Fassung:

„A. Helmkenzeichnung

Rote Streifen 70 mm lang/10 mm hoch, Ringe 10 mm hoch

Nr.	Fachliche Qualifikation, Funktion	Kennzeichnung
1	Fachliche Qualifikation	
1.1	Gruppenführerin oder Gruppenführer	Ein Streifen auf beiden Helmseiten über dem umlaufenden Reflexstreifen.
1.2	Zugführerin oder Zugführer	Zwei Streifen auf beiden Helmseiten, je ein Streifen unter und über dem umlaufenden Reflexstreifen.
2	Funktion	
2.1	Ortsbrandmeisterin oder Ortsbrandmeister	Zwei Streifen auf beiden Helmseiten je ein Streifen unter und über dem umlaufenden Reflexstreifen.
2.2	a) Gemeindebrandmeisterin oder Gemeindebrandmeister b) Bereitschaftsführerin oder Bereitschaftsführer	Ein Ring über dem umlaufenden Reflexstreifen.
2.3	a) Abschnittsleiterin oder Abschnittsleiter b) Kreisbrandmeisterin oder Kreisbrandmeister c) Regierungsbrandmeisterin oder Regierungsbrandmeister	Zwei Ringe, je ein Ring unter und über dem umlaufenden Reflexstreifen.

Die den unter den Nummern 2.1 bis 2.3 aufgeführten Funktionen zugeordnete Kennzeichnung gilt auch für die stellvertretenden Funktionen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 17. Mai 2011

**Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport**

Schünemann

Minister

V e r o r d n u n g
zur Änderung der Verordnung über die Ausbildung und
Prüfung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes

Vom 23. Mai 2011

Aufgrund des § 26 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Juni 2010 (Nds. GVBl. S. 242), wird im Benehmen mit dem Ministerium für Inneres und Sport verordnet:

Artikel 1

§ 25 Abs. 1 der Verordnung über die Ausbildung und Prüfung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes vom 15. August 2005 (Nds. GVBl. S. 270), geändert durch Verordnung vom 13. August 2008 (Nds. GVBl. S. 277), wird wie folgt geändert:

1. Der bisherige Satz 1 wird einziger Satz und wie folgt geändert:

Die Worte „und mit Ablauf des 31. August 2011 außer Kraft“ werden gestrichen.

2. Satz 2 wird gestrichen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Hannover, den 23. Mai 2011

Niedersächsisches Justizministerium

B u s e m a n n

Minister

Bekanntmachung
über den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Staatsvertrages
zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen
über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze

Aufgrund des § 1 Abs. 3 des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Land Niedersachsen über die Änderung der gemeinsamen Landesgrenze vom 13. April 2011 (Nds. GVBl. S. 100) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag nach seinem Artikel 5 Abs. 2 am 1. Juni 2011 in Kraft tritt.

Hannover, den 17. Mai 2011

Niedersächsische Staatskanzlei

Dr. Hawighorst

Staatssekretärin

Bekanntmachung
über den Zeitpunkt des Inkrafttretens
des Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrages

Aufgrund des Artikels 1 Abs. 3 des Gesetzes zum Bilgenentwässerungsverband-Staatsvertrag vom 10. November 2010 (Nds. GVBl. S. 507) wird bekannt gemacht, dass der Staatsvertrag nach seinem Artikel 4 Satz 2 am 28. Dezember 2010 in Kraft getreten ist.

Hannover, den 18. Mai 2011

Niedersächsische Staatskanzlei

Dr. Hawighorst

Staatssekretärin

Herausgegeben von der Niedersächsischen Staatskanzlei
Verlag: Schlütersche Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Hans-Böckler-Allee 7, 30173 Hannover; Postanschrift: 30130 Hannover, Telefon 0511 8550-0, Telefax 0511 8550-2400, Postbank Hannover 4 10-308. Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH, Hannover. Erscheint nach Bedarf. Laufender Bezug und Einzelstücke können durch den Verlag bezogen werden. Bezugspreis pro Jahr 56,30 € (einschließlich 3,68 € Mehrwertsteuer und einschließlich 9,20 € Portokostenanteil). Bezugskündigung kann nur 10 Wochen vor Jahresende schriftlich erfolgen. Einzelnummer je angefangene 8 Seiten 1,05 €. ISSN 0341-3497. Abonnementsservice Christian Engelmann, Telefon 0511 8550-2424, Telefax 0511 8550-2405
Einzelverkaufspreis dieser Ausgabe 1,05 € einschließlich Mehrwertsteuer zuzüglich Versandkosten